



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/112 - 22. Mai 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24631 - 33
Fernschreiber 0696890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	Viel Glück, Mister Lloyd! Bericht aus Genf	128
3 - 4	Die wahren Sieger des 13. Mai in Frankreich Von Creste Rosenfeld	92
5	Schmutzwürfe Zur Berichterstattung über die Genfer Konferenz	41
6	<u>Das Minuten-Interview:</u> MdB Bazille Zur Novelle über die Kriegsopferversorgung	35
7 - 8	Gelebte Menschlichkeit Josephine Baker in der Berliner Kongresshalle	61

* * *
* *

Viel Glück, Mister Lloyd

G.M., Genf

Wenn nicht alles täuscht, will der englische Außenminister Selwyn Lloyd jetzt versuchen, in den Verhandlungspaketen des Ostens und des Westens diejenigen Punkte herauszufinden, die seiner Ansicht nach geeignet wären, eine Periode sachlicher Diskussionen einzuleiten. Selwyn Lloyd geht hierbei mit der seit langem bewährten Methode der englischen Außenpolitik vor, die darin besteht, ideologische Streitfragen nach Möglichkeit unberührt zu lassen, dafür aber Berührungspunkte zu suchen, die jenseits aller Dogmen liegen und ganz pragmatisch der Sache auf den Grund gehen.

Es wird wohl niemanden geben, der dem britischen Außenminister bei diesem Unternehmen nicht eine glückliche Hand wünscht. Denn auch Donnerstag nachmittag sind die Reden der Außenminister - mit Ausnahme der Rede von Selwyn Lloyd - nichts anderes gewesen als die nochmalige und zum Überfluß gehörte Feststellung beider Seiten, man könne mit dem Vorschlag des anderen nichts anfangen.

Der britische Außenminister ist bei seinen Betrachtungen von der Tatsache ausgegangen, daß in den westlichen und östlichen Vorschlägen einige Forderungen enthalten sind, mit deren Moskau zwar ein anderes Ziel verfolgt als Washington, London oder Paris, deren Bezeichnung jedoch identisch klingt. Selwyn Lloyd hat diese Punkte genannt. Es sind dies: Beide Seiten wollen eines Tages in Deutschland Wahlen durchführen, beide Seiten sind der Meinung, daß an irgendeinem Punkt die Vertreter West- und Ostdeutschlands miteinander über ein Wahlgesetz diskutieren. Ost und West meinen, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Friedensvertrag abgeschlossen werden muß, und Ost und West haben gleichermaßen ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, daß die großen Vier mehr oder weniger an dem Zustandekommen der Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt sein sollen.

Diese Elemente zu wirklichen Verhandlungsobjekten zu machen, hat sich Selwyn Lloyd zum Ziele gesetzt. Nun fehlt es hier in Genf nicht an Stimmen, die der Meinung Ausdruck geben, Englands Außenminister unternehme diese Vermittlungsaktionen aus englischen innenpolitischen Gründen, d.h., er wolle der konservativen Regierung Macmillan in der Heimat für die kommenden Wahlen die Gloriette des großen Vermittlers auf der Außenminister-Konferenz und vielleicht auch des Initiators einer Gipfelkonferenz verschaffen.

Vielleicht ist diese Behauptung sogar richtig. Aber wie dem auch sei: wenn es überhaupt eine Möglichkeit gibt, diese Genfer Aussenministerkonferenz nicht versacken zu lassen, dann ist es die von Selwyn Lloyd angewandte Methode der Entdogmatisierung des bisher ergebnislos verlaufenen Ost-West-Gesprächs. Man sollte bei der Überlegung, was hier noch in Genf geschehen könnte, nie vergessen, dass die geringste Auflockerung der zur Zeit noch bestehenden starren Fronten schon ein Fortschritt wäre. Besonders für uns Deutsche!

Wird diese Auflockerung der Fronten nicht sichtbar, dann bleibt wirklich nichts anderes übrig, als dass die Aussenminister sich zwar gegenseitig feierlich versichern, Ost und West wollten nicht übereinander herfallen, dass eine solche Erklärung jedoch gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung des Status quo, d.h. der Teilung Deutschlands und Europas wäre.

Die militärische Entspannung

Es gibt noch ein anderes Moment, das in den letzten Tagen bei den offiziellen Verhandlungen und auch bei den weniger offiziellen Gesprächen der Aussenminister eine Rolle zu spielen beginnt. Das ist die konkrete Frage, ob es nicht doch möglich sei, bei Ausklammerung der politisch scheinbar unüberwindlichen Hindernisse, die gemeinsamen militärischen Sicherheitsinteressen von Ost und West zum Gegenstand einer neuen Serie von Gesprächen zu machen.

Für ein solches neues Kapitel der Genfer Aussenministerkonferenz bieten sich vor selbst alle jene Überlegungen an, die ein Auseinanderrücken der beiden Militärblöcke im Herzen Europas zum Ziel haben. In dieser Frage sind sogar die Russen ansprechbar, denn schliesslich waren sie es ja, die den Rapacki-Plan vor fast nunmehr anderthalb Jahren in die internationale Diskussion bringen halfen und lange vergeblich versucht haben, in dieser oder jener Form den Westen zu einer positiven Stellungnahme hierzu zu veranlassen.

Hier macht sich etwas bemerkbar, was anscheinend auch von den westlichen Routiniers grosser internationaler Konferenzen nicht genügend in Rechnung gestellt wird. Das ist das Prestigebedürfnis der Russen, die einem bei Unterhaltungen über diese Fragen ganz offen sagen, sie befürchteten, dass bei der nochmaligen Aufrollung der Problematik eines militärischen Disengagement wiederum eine glatte Abweisung aus dem Westen erfolgen würde. Das sei nicht mit ihrem Prestige vereinbar, sagen die Russen, das zu wahren sie für unbedingt notwendig halten. Russische Gesprächspartner gehen sogar so weit zu erklären, sie könnten sich einen - 2a -

prestigeverlust nicht nur mit Rücksicht auf ihre innenpolitische Situation nicht leisten, sondern auch wegen der Situation in einigen Ostblockstaaten und in China.

Unwillkürlich fragt man sich, ob der Westen keine Möglichkeit sieht, den Russen zu helfen, ihr Gesicht zu wahren. Denn wenn es richtig ist, was in Ost und West jetzt gleichermaßen behauptet wird, dass auf der Grundlage einer militärischen Entspannung in Mitteleuropa Ansatzpunkte für die Lösung der politischen Probleme gefunden werden könnten, dann ist einfach nicht einzusehen, warum der Westen in dieser Situation nicht einen Schritt in dieser Richtung tut.

Und Bonn ?

Natürlich richtet sich bei Erörterung dieser militärischen Fragen der Blick auch auf Bonn. Von dort hat man bisher kein Wort darüber gehört, ob Adenauer bereit sein würde, im Interesse der Weiterentwicklung politischer Lösungen das Tempo der Beteiligung der Bundesrepublik an atomaren Wettrüsten zu verlangsamen.

Die Situation ist paradox. Spricht man mit Bonner Diplomaten über dieses Thema, dann verweisen sie auf das NATO-Hauptquartier, das angeblich in jedem atomaren Rüstungsstopp der Bundesrepublik eine Schwächung der westlichen Verteidigungspotentials erblickt. In Gesprächen mit französischen, englischen oder amerikanischen Diplomaten wird an die Haltung von Bonn erinnert, die keineswegs zu Diskussionen über ein militärisches Disengagement ermuntert.

Die Andeutung dieser Problematik zeigt vielleicht, wo in der Genfer Aussenministerkonferenz noch etwas "drin ist". Deswegen soll noch einmal wiederholt werden, was an dieser Stelle schon verschiedentlich gesagt wurde: es dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass ein Erfolg der Aussenministerkonferenz im Sinne deutscher Interessen nicht zuletzt von der jetzt amtierenden Regierung der Bundesrepublik abhängen dürfte. Was Botschafter Grewe bisher in Genf produziert hat, mag juristisch vielleicht recht interessant sein, ist jedoch keinerlei Beitrag zur Auflockerung der Verhandlungen gewesen. Und wenn bei der westdeutschen Delegation von der Sturheit eines Herrn Dr. Bolz und seiner Mitarbeiter gesprochen wird, dann wäre zu empfehlen, gelegentlich auch einmal den Balken im eigenen Auge zu suchen. Im Effekt kommt nämlich die Haltung beider deutscher Delegationen auf das gleiche hinaus. Auch Aussenminister von Brentano hat auf seiner Pressekonferenz am Freitag vormittag keine Anzeichen dafür durchblicken lassen, dass Bonn bereit sein könnte, von sich aus initiativ im Sinne einer Auflockerung des Ost-West-Gegensatzes wirksam zu werden.

Berlin ?

Bedrückend, um nicht zu sagen, beängstigend, ist die Tatsache, dass die Problematik des Schicksals der Stadt Berlin in den letzten Tagen kaum noch angesprochen wurde. Man hört gelegentlich von einer Kompromisslösung für Berlin, deren Inhalt aber auch nichts anderes sein soll als eine leicht modifizierte Bestätigung des jetzigen Status. Niemand wagt hier noch die Hoffnung auszusprechen, dass die Russen bereit sein könnten, das Berlin-Problem auf der Grundlage des westlichen Vorschlages zu diskutieren. Viel eher ist zu vermuten, dass eine irgendwie geartete UNO-Lösung Aussicht auf Erfolg haben könnte, wenn man sich nicht mit der Bestätigung begnügen will, die Berlin-Frage könne nur mit Hilfe der Gipfelkonferenz gelöst werden.

Die wahren Sieger des 13. Mai in Frankreich

Von Oreste Rosenfeld

In einigen Tagen wird es ein Jahr her sein, seit General de Gaulle an die Macht gekommen ist. Der faschistische Aufruhr und die Revolte der militärischen Führer in Algier am 13. Mai 1958 haben ihm die Verwirklichung eines Traumes gestattet, mit dem er seit zwölf Jahren geliebäugelt hat. Aber wer ist der wahre Sieger? Wer die Besiegten sind, darüber ist kein Zweifel möglich. Das parlamentarische Regime und die Demokratie gehören zu ihnen.

Der Parlamentarismus besteht nicht mehr. Die Abgeordneten sind zur Rolle von Statisten verdammt. Die Regierung, die zwar theoretisch immer noch der Nationalversammlung verantwortlich ist, hängt in Wirklichkeit einzig und allein vom Staatschef ab, der für die Dauer von sieben Jahren von einem Kollegium von "Notabeln" gewählt wurde, in dem die ländlichen Interessen die beherrschende Rolle spielen. Der Präsident der Republik hat das Recht, sich zu jedem Augenblick und aus eigenem Willen heraus alle administrativen und legislativen Gewaltentanzumassen.

Die öffentlichen Freiheiten scheinen noch aufrecht erhalten zu sein. Es gibt keine vorherige Pressezensur. Aber einige aufsehenerregende Beschlagnahmungen von Zeitungen, einige gerichtliche Verfolgungen gegen Journalisten haben ein Klima der Furcht geschaffen, so dass nahezu alle Zeitungen, besonders diejenigen mit einer hohen Auflage, eine Art Selbstzensur bei sich eingeführt haben. Der Rundfunk ist völlig unterworfen. Hinsichtlich öffentlicher Veranstaltungen zwingen die Verbote von Zusammenkünften zum Thema Algerien und den dort angewandten Folterungen immer mehr dazu, politische Versammlungen in der Form privater Zusammenkünfte mit Einladungen zu organisieren, was natürlich einen Appell an die öffentliche Meinung nicht mehr gestattet.

Schliesslich hat eine Verordnung vom vergangenen Oktober den Innenminister und der Polizei Machtbefugnisse gegeben, die es erlauben, alle "Verdächtigen" ausserhalb jeglicher Intervention von Seiten der richterlichen Gewalt zu durchsuchen und zu verhaften. Eine andere Verordnung, vom Januar dieses Jahres, erhöht noch die Gefahren für die Demokratie. Sie versetzt den Staatschef in die Lage, von sich aus eine Art Belagerungszustand zu erklären, wobei die zivilen Gewalten an die militärischen Behörden übergehen, mit der Möglichkeit, alle Männer und Frauen zwischen 18 und 60 Jahren "einzuberufen".

So wird die Struktur der militärischen Diktatur schon vorbereitet. Sie kann also ganz legal von heute auf morgen errichtet werden. Die grosse Besiegte des 13. Mai 1958 ist also die demokratische Republik.

Aber ist General de Gaulle in der Tat der wirkliche Sieger? Er hat immer wieder behauptet, dass er im Augenblick einer nationalen Katastrophe an die Macht gerufen würde. Es ist richtig, dass seine

politischen Freunde und er selbst alles getan haben, um das parlamentarische Regime zu erschüttern und die Krise unvermeidlich zu machen.

Im Augenblick hat der Staatschef fast unbegrenzte Machtbefugnisse. Aber er hoffte, den Krieg in Algerien beenden zu können. Das ist ihm nicht gelungen. Er glaubte, sein Name würde genügen, um die "Ultras" des Kolonialismus seiner Friedenspolitik und seinem Regime des Paternalismus zu unterwerfen; um die militärischen Führer zur Rückkehr in die Legalität bewegen zu können; um die algerischen Aufständischen zur Waffenniederlegung veranlassen zu können und sie dahin zu bringen, dass sie das Schicksal ihres Vaterlandes einem Manne anvertrauen, der von der Vorsehung gesandt ist, um Algerien und Frankreich, die beide unauflöslich miteinander verbunden seien, zu retten.

In allen diesen Hoffnungen hat er sich getäuscht. Die Kolonialisten haben mit zusammengekniffenem Mund einige Reformen akzeptieren müssen, aber es ist ihnen gelungen, diese Reformen zu sabotieren. Sie haben zwar noch nicht erreicht, dass die militärischen Operationen den Charakter einer massiven Ausrottung der verdächtigen Algerier angenommen haben, um dadurch für lange Zeit die Gesamtheit der muslimischen Bevölkerung zu terrorisieren. Aber sie haben die Verhandlungsabsichten mit den politischen Leitern des Aufstandes paralytisiert und sie haben das Versprechen atgetrotzt, dass der Krieg "bis zum Siege" geführt wird. Ein erstes Ziel ist von ihnen schon erreicht worden: das Ende der Republik. Aber die persönliche Macht de Gaulles befriedigt sie noch nicht genug. Sie erstreben eine faschistische Diktatur. Aus diesem Grunde nehmen sie an allen Komplotten gegen de Gaulle teil. Im Gegensatz dazu sind die militärischen Führer in gewisser Weise zufrieden. Aber auch sie streben Perspektiven an, die noch günstiger für sie sein könnten. Sie haben bis jetzt alle Beförderungen und alle Auszeichnungen erhalten, von denen sie früher nur träumen konnten. In ihrem Besitz ist die gesamte Macht in Algerien und sie wenden auf ihre Weise die Befehle und Anweisungen des Generals de Gaulle an. Auf die Regierung und auf den Staatschef üben sie einen ständigen Druck aus. Sie erlauben keine politische Verhandlung mit dem FLN. Sie haben dem General de Gaulle ihre eigene Konzeption der nationalen Verteidigung aufdrängen können, die es ihnen gestattet, die hauptsächlich politische Kraft im Lande zu werden. Durch die Arbeit ihres sogenannten "psychologischen Dienstes" sind sie im Begriff, die ganze Masse der Reserveoffiziere unter ihren Einfluss zu bekommen und die jungen Merschen zu "disziplinieren". Sie versuchen eine starke Berufsmarine zu schaffen, die ein willfähiges Instrument einer militärischen Diktatur und des absoluten Staatsstreiches ist.

Heute noch bedienen sie sich de Gaulles und seines Namens. Morgen schon - sollte es notwendig sein - können sie ihn durch einen der Ihren ersetzen. Das zumindest hoffen sie. In diesen Hoffnungen werden sie durch die Hilfe bestärkt, die sie bei den grossen Banken der Hochfinanz und gewissen Industriellen finden.

Die wahren Sieger des 13. Mai sind die militärischen Führer und die kapitalistischen Kreise, die ihre Aktion finanziert haben und die sie weiterhin auf die totale Eroberung der Macht drängen.

Schmutzwürfe

Bt. - Gerade wegen der Genfer Konferenz bemühen sich gewisse Leute in der Bundesrepublik, auf dem fauligen Boden einer falsch angelegten "psychologischen Verteidigung" die schönsten Sumpfbüden zu züchten.

"Vopo warf mit Steinen", meldet die Ausgabe einer weitverbreiteten Tageszeitung. Die Meldung steht in einem Kasten und vor dem, der nur die Überschrift liest, steigt das Bild einer wilden, steinigenden Horde auf. Wer weiter liest, erfährt, daß ein Polizeibeamter von "Grüben", der an ungepflügten Grenzstreifen seine - ihm anbefohlene und ihm vielleicht widerwärtige - Arbeit verrichtete, von einer Gruppe von Ausländern beobachtet und fotografiert wurde. Ihm paßte wohl die Rolle des Tieres im Zoo nicht, da schimpfte er und warf mit Steinen. Das war alles.

In der gleichen Nummer der gleichen Zeitung heißt eine andere dicke Überschrift: "Pankows Presse wirft mit Schmutz". Was wird da geworfen? Äußerungen, wie die der Ost-"Berliner-Zeitung", werden zitiert, die geschrieben hatte: "Der Bandenchef heißt Heinrich von Brentano ... Für die internationale Presse ist das Auftreten dieses Dorf-Mussolinis aus Bonn ein großes Gaudium". Das ist ein rüder, unzivilisierter Ton, zweifelsohne. Aber könnte man nicht aus der bundesrepublikanischen Presse Genre Soldatenzeitung ähnliche Töne zitieren? Man könnte.

Und nicht nur eine gewisse Presse wirft bei uns mit Schmutz. "Das planmäßige Wirken entschlossener, gewissenloser Leute - es sind Tausende hier und heute unter uns am Werk - kann man nicht leicht nehmen". Dieser Satz steht in einer halbamtlichen Broschüre. Diese Broschüre will uns über die Kommunisten aufklären, die "sich bei uns herumtreiben und wählen und wählen". "Sie kennen kein Gewissen". An ihrem planmäßigen Wirken und an ihrer Entschlossenheit ist wohl nicht zu zweifeln, aber - kennen sie wirklich ein Gewissen? Bisher jedenfalls war es im Abendland üblich, dem Überzeugungstäter ein Gewissen zuzubilligen.

"Die Broschüre ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verteidigung, von wo auch das Material stammt, herausgebracht worden ... Wenn Sie es wünschen, kann ich Ihnen für Ihre Arbeit eine praktisch unbegrenzte Anzahl von Exemplaren kostenlos und portofrei zur Verfügung stellen. Wir übernehmen auch Verpackung und Versand ..." auf Kosten der Steuerzahler.

Neben der politischen ist eine psychologische Entspannung notwendig. Haben unsere "psychologischen Verteidiger" ein Gewissen?

+ + +

Das Minuten-Interview:MdB Helmut Bazille:Zur Novelle über die Kriegsofferversorgung

SPD-Pressedienst: Herr Abgeordneter, was halten Sie als Mitglied des Hauptvorstandes des VdK von der Tatsache, daß die Bundesregierung alle Proteste der Kriegsofferver gegen den Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums in den Wind geschlagen hat und den Parlament zugeleitet hat?

MdB Helmut Bazille: Das Kabinett will sich anstelle einer Neuregelung des Kriegsofferverrechtes in völlig unzulänglicher und rechtsstaatlich unververtretbarer Weise mit einer bloßen Novelle zum bestehenden Gesetz begnügen. Die Bundesregierung hat nicht einmal den Versuch gemacht, mit den Betroffenen in ein ernsthaftes Gespräch einzutreten. Selbst bei Anerkennung einer angespannten Finanzlage hätten die Kriegsofferver erwarten dürfen, daß die Bundesregierung alle Anstrengungen unternimmt, um die finanzielle Deckung für eine durchgreifende Neuordnung der Versorgung der Kriegsofferver und der Wehrdienstpflichtigen bereitzustellen. Die Summe von 550 Millionen DM ist dazu genausowenig in der Lage, wie die der Novelle zu Grunde liegenden Grundsätze. Der jetzige Beschluß der Bundesregierung ist schlechterdings unverständlich, angesichts des gleichzeitigen Versuchs, die Versorgung der Bundesminister aufzubessern. Es ist damit zu rechnen, daß die Kriegsofferverorganisationen ihre demonstrativen Proteste gegen die Haltung der Bundesregierung verstärken und ihre Unzufriedenheit in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zum Ausdruck bringen werden.

SPD-Pressedienst: Welche Möglichkeiten sehen Sie als Abgeordneter des Bundestages, den Ansprüchen der Kriegsofferver doch noch zum Recht zu verhelfen?

MdB Helmut Bazille: Die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Interessen der Kriegsofferver wahrzunehmen, dem Parlament zugeschoben. Es gibt die begründete Aussicht, daß sich im Bundestag doch noch eine Mehrheit findet, die die Forderungen der Kriegsofferver gegen die Absichten der Bundesregierung zum Gesetz erhebt.

Die SPD-Fraktion hält jedenfalls an ihrer Forderung fest, daß eine völlige Neugestaltung des Rentensystems für Kriegsofferver zu erfolgen hat. Sie wird im Bundestag alle Anstrengungen machen, um eine Erhöhung der Grundrenten durchzusetzen. Sie wird auch dafür sorgen, daß gegen den Willen Blanks der Rechtsanspruch auf die Renten verstärkt wird und dem Ermessen der Verwaltung entzogen bleibt. + + +

G e l e b t e M e n s c h l i c h k e i t

H.G.S., Berlin

Drei farbige Damen brachten die Botschaft der Liebe, der Toleranz und des Verständnisses für alle Menschen guten Willens nach Berlin: Mme. Diop, die Gattin des Herausgebers der Neger-Kulturzeitschrift "Présence Africaine", die sich um die Verständigung zwischen Menschen aller Rassen und Hautfarben müht, Mme. Eboué, Deputierte der französischen Republik und Mittlerin zwischen den Welten Europas und Afrikas, zwischen "Weiß und Schwarz", und Josephine Baker, die bedeutendste Künstlerin und Humanistin, die ihre Karriere als Sängerin und Tänzerin mit einer Epoche gelebter Menschlichkeit enden ließ.

Schon auf der Pressekonferenz, die der "Bund der Verfolgten des Naziregimes" (BVN) mit seinen Vorsitzenden Fritz Pinkus und Ganner, sowie dem Bundessekretär Martin Kruse in Anwesenheit von Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin im Hotel Gekhrus in Grunewald für die Gäste gab, erkannte jeder Pressevertreter aus den beschwörenden Worten vor allem Josephine Bakers, der Frau mit dem anmutigen und entschlossenen Herzen, daß hier Menschen eine Botschaft in die Welt hinaustragen, der sich niemand verschließen dürfte.

Eine der Hauptaufgaben der ehemals Verfolgten des Naziregimes ist das entschlossene Eintreten gegen Gruppenhaß und nationalistische Überheblichkeit. Der Verfolgte von gestern soll heute symbolisch denen vorangehen, die moralisch zu schwach geblieben sind, um demokratische Ideale zu verwirklichen.

So war das Referat Josephine Bakers "Für Menschlichkeit gegen Nationalismus und Rassenwahn", das sie im grossen Auditorium in französischer Sprache (simultan ins deutsche übertragen) hielt, ein Erlebnis vor allem in diesen Kreise.

Die farbige Künstlerin, die 1924 zum ersten Male als Tänzerin in Berlin auftrat, brachte 1959 ihre ganze Begeisterung und Huldigung an die Stadt aus, der sie sich stets besonders verbunden gefühlt habe.

Und dann beschwor sie mit nahezu schauspielerischer Kraft durch kleine Geschichten und Beispiele ein Bild des gelebten Humanismus aus dem Erlebniskreis ihrer "Regenbogenfamilie". Die grosse Frau, der selbst ein Kind versagt blieb, hat bis heute zehn Kinder verschiedenster Rassen und Religionen adoptiert. Es waren vor allem arme Kinder versteht sich. Auf ihrem Schloß Les Milandes leben die jungen Menschen in Brüderlichkeit und gegenseitiger Achtung. Sie lernen, das Eigenste zu bewahren, aber das Fremde achten und lieben zu können. Freiheit ist für diese Kinder der internationalen Familie das erste Wort, aber eine Freiheit unter dem Gesetz menschenwürdiger Haltung. In allem, was Frau Baker in der Kongresshalle im allgemeinen von der Humanität und in besonderen von ihrem Kinderreich zu sagen wußte, wurde die grosse Idee der "Droits des Hommes" - der Menschenrechte der französischen Revolution ebenso spürbar, wie die ideale Anschauung und Menschenhoffnung eines Jean Jacques Rousseau oder die uner müdliche pädagogische Liebe eines Pestalozzi.

Josephine Baker, die sich selbst zu einer Gruppe Menschen rechnen darf, die Verfolgungen, Mißverständnissen, Abwertungen und Haß ausgesetzt war und teilweise noch ist, setzt ebenso wie der grosse Urwalddoktor an Ogowe im Belgischen Kongo in unseren Tagen ein Zeichen der Menschlichkeit durch die Tat, das nicht zu übersehen ist; so sehr auch nationale Hybris und Rassismus hier und da in der Welt und vor allem auch in unserem Lande wuchern mögen.

Ihre beiden Gefährtinnen wußten mit klugen und schlichten Worten diese Botschaft des Herzens trefflich zu untermauern, Kne. Eboué enthüllte dabei ein ergreifendes Lebensschicksal im Dienste der Rassenverständigung.

Der Vorsitzende des BWN, Fritz Rinkus, sprach im Namen aller zahlreicher Anwesenden, als er die farbigen Damen mit Enthusiasmus bedankte, die in schweren Stunden zu den Berliner gekommen waren, um ihnen Liebe und Sympathie zu bekunden.